

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



ANTRAG 8.06.

Antrag an das Salzburger Wirtschaftsparlament, Sitzung am 21. November 2023

31.10.2023

Für eine bessere Kooperation zwischen Unternehmen und Gemeinden bei der Kinderbetreuung

Die Arbeitslosenquote lag in den ersten drei Quartalen 2023 in Salzburg bei 3,6 %. Damit gehört Salzburg mit Tirol und Oberösterreich zu jenen Bundesländern, in denen aktuell Vollbeschäftigung herrscht, und das obwohl Österreich nur knapp an der Rezession vorbeischrämmt. Viele Unternehmen suchen derzeit Mitarbeiter:innen – auf allen Ebenen, von der Hilfskraft bis zur Akademikerin. Durch die demographische Entwicklung wird sich der Fachkräfte- und Arbeitskräftebedarf weiter erhöhen: Unsere Gesellschaft wird älter, bei gleichzeitig niedrigen Geburtenraten. Die „Babyboomer“ gehen in Pension. Im Jahr 2050 wird lt. Prognosen der Statistik Austria die Zahl der Erwerbspersonen um 44.000 geringer sein als im Jahr 2021 (Die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 59 Jahren wird bis zum Jahr 2050 um rund 214.000 zurückgehen, in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen dagegen um 107.000 ansteigen und bei den über 64-Jährigen um 63.000. Per Saldo ist damit ein Rückgang von rund 44.000 zu erwarten).

Umso wichtiger ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, um speziell die Erwerbsquote von Frauen zu erhöhen. Die Teilzeitquote lag in Österreich im Jahr 2022 bei durchschnittlich 30,5 %; bei den männlichen Erwerbstätigen betrug sie 12,6 %, bei den weiblichen dagegen 50,7 %.

Um das zu ändern, brauchen wir auch mehr, bessere und zeitlich flexiblere Kinderbetreuungsangebote. Hier sind Unternehmen wie Gemeinden gleichermaßen gefordert. Gemeinden sind für die Kinderbetreuung zuständig und müssen dafür Sorge tragen, dass sie besser mit den tatsächlichen Arbeitszeiten bzw. mit dem oft flexiblen Bedarf der Eltern abgestimmt ist. Nötig sind vor allem mehr und bessere Angebote an den Randzeiten. Gemeinden sollen also mit Unternehmen kooperieren und speziell in den Regionen gemeinsam nach Lösungen suchen. So könnten auch Unternehmen mit einer entsprechenden Unterstützung durch die Gemeinde ihre Betriebskindergärten für alle öffnen. Ziel muss es sein, dass zum Wohle aller die betriebliche und kommunale Kinderbetreuung zusammenwächst.

UND JETZT:

GRÜNE WIRTSCHAFT



Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Präsidium der Wirtschaftskammer wird aufgefordert, sich unter Einbeziehung der nötigen Stakeholder für eine bessere Kooperation zwischen Unternehmen und Gemeinden einzusetzen, um mehr und bessere Kinderbetreuungsangebote in Salzburg zu schaffen.

Josef Scheinast

Ingrid Hemedinger

Horst Köpfelsberger

Delegierte zum Wirtschaftsparlament